



Israel Kontrovers Nr. 3

08. April 2010

Stillstand im Friedensprozess und steigende Spannungen zwischen Israel und den USA

Der Verhandlungsprozess zwischen Israelis und Palästinensern steckt in einer Sackgasse. Seit dem Amtsantritt der Regierung Netanyahu gibt es keine Bewegung im Friedensprozess. Zugleich sind die Beziehungen zwischen Israel und den USA angespannt, nicht wenige Beobachter sprechen von einer schweren Krise.

Ausgelöst wurde diese Krise während des Besuchs von US-Vizepräsident Joe Biden am 9. März in Israel. Während Biden eigentlich die durch amerikanische Vermittlung zustande gekommene Aufnahme indirekter Gespräche zwischen beiden Seiten bekanntgeben wollte, teilte die Stadtverwaltung von Jerusalem mit, dass in dem Ostjerusalem Stadtteil Ramat Shlomo der Bau von 1600 neuen Wohnungen genehmigt wurde. Aus israelischer Sicht gehört das Viertel zum israelischen Staatsgebiet, aus palästinensischer Sicht ist es Teil des Westjordanlandes.

Die amerikanische Regierung protestierte und verlangte die Rückname dieses Beschlusses. Die Palästinenser zogen ihre Bereitschaft zur Aufnahme der indirekten Gespräche zurück. Benjamin Netanyahu, der von dieser Nachricht ebenfalls überrascht wurde, entschuldigte sich zwar für den Zeitpunkt, bekräftigte aber, dass ganz Jerusalem zu Israel gehöre und man das Recht habe, dort zu bauen. „Aus unserer Sicht ist das Bauen in Jerusalem wie das Bauen in Tel Aviv“, ließ er durch sein Büro mitteilen. Und auf der jährlichen Konferenz der amerikanisch-israelischen Lobbygruppe AIPAC sagte er am 23. März in Washington: „Jerusalem ist keine Siedlung, es ist unsere Hauptstadt“.

Netanyahu traf im Rahmen seiner Teilnahme an der AIPAC-Konferenz mit Präsident Obama und mit Außenministerin Clinton zusammen. Eine Lösung der Probleme konnte nicht erreicht werden. Stattdessen wurde deutlich, dass die Obama-Regierung nicht gewillt ist, in ihrem Druck nachzulassen und die Gefährdung eigener strategischer Ziele in der Region kommentarlos hinzunehmen.

Jedoch ist keinesfalls Israel allein für den derzeitigen Stillstand im Friedensprozess verantwortlich. Auch die Palästinenser tragen dafür Verantwortung, denn mit der Aufrechterhaltung von

Maximalforderungen und der Verweigerung jeglicher Gespräche leisten sie keinen konstruktiven Beitrag. Weiterhin ist die Spaltung zwischen Fatah und Hamas ein erhebliches Handicap, denn Mahmud Abbas vertritt lediglich einen Teil der Palästinenser. Jede erzielte Vereinbarung ist dadurch nur für die Westbank von Gültigkeit, nicht jedoch für Gaza.

Diese beiden Themen – die Krise in den Beziehungen zu den USA und der Stillstand im Verhandlungsprozess mit den Palästinensern – dominieren derzeit die israelischen Medien und den öffentlichen Diskurs. Nachfolgend stellen wir die Positionen von zwei renommierten Sicherheitsexperten vor, die das Spektrum der innerisraelischen Debatte aufzeigen.

Dr. Reuven Pedatzur, Dozent am Netanya Academic College, kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die zur Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses angestrebten indirekten Gespräche nicht zu einem Abkommen führen werden. Zugleich geht er davon aus, dass die kommenden Monate von großer Bedeutung sein werden. Für die israelische Führung sei die Zeit von Ausweichmanövern nun vorbei und sie müsse zeigen, ob sie in der Lage sei, schwere Entscheidungen zu treffen. Er analysiert sehr genau die Schritte der drei Seiten – Palästinenser, Israelis, Amerikaner – in den vergangenen Wochen und macht auf eine Reihe von Fehlern aller Beteiligten aufmerksam. Dr. Pedatzur erwartet eine Verschärfung der Krise, da weder Israelis noch Palästinenser derzeit bereit seien, Kompromisse einzugehen. Über Netanyahu schreibt er, dass für diesen „die Stunde der Wahrheit gekommen“ sei, denn er müsse sich nun entscheiden zwischen der Verbesserung des Verhältnisses zur Obama-Regierung oder der Weiterführung seiner rechten Regierungskoalition.

Prof. Efraim Inbar von der Bar-Ilan – Universität kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Dr. Pedatzur, sieht dafür jedoch ganz andere Ursachen. Er ist der Meinung, dass die Chancen für ein Abkommen und dessen Umsetzung derzeit gleich Null seien. Die Hauptursache dafür sieht er in der Spaltung zwischen der die Westbank dominierenden Fatah von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und der den Gazastreifen regierenden Hamas. Solange die islamistische Hamas den Ethos und die Ziele der Palästinenser mitbestimme, sei die Politik und damit der Friedensprozess den Extremisten ausgesetzt. Eine weitere wichtige Ursache ist für ihn die Politik des „sanften Drucks“ der Obama-Regierung, die er als Schwäche definiert und daraus das Ende der „Blütezeit des amerikanischen Einflusses im Nahen Osten“ ableitet. Politischen Druck auf die Netanyahu-Regierung auszuüben, hält Prof. Inbar für einen weiteren Fehler Obamas, denn Netanyahu habe mit dem Siedlungsstopp in der Westbank seine Kompromissbereitschaft unter Beweis gestellt, während die Palästinenser mit maßlosen Forderungen auf Kosten israelischer Sicherheitsinteressen deutlich machten, dass sie nicht reif für einen Frieden seien. Der EU wirft er vor, mit der Unterstützung unrealistischer Ziele der Palästinenser – wie der Teilung Jerusalems – oder der finanziellen Unterstützung für die Bevölkerung Gazas eine verfehlte Politik zu betreiben.

Dr. Ralf Hexel, Leiter des FES-Büros in Israel
Herzliya, 08. April 2010

Indirekte Gespräche werden nicht zu einem Abkommen führen

Dr. Reuven Pedatzur

Die Verhandlungen über eine Friedensregelung zwischen Israel und den Palästinensern befinden sich seit vergangenem Jahr, das heißt seit dem Amtsantritt Netanyahu, in einer Sackgasse. Sämtliche Kontakte, die zwischen den beiden Seiten in der Amtsperiode von Ministerpräsident Ehud Olmert stattgefunden hatten, wurden faktisch abgebrochen. Der Stillstand in den Verhandlungen hat die amerikanische Regierung unter Präsident Barack Obama zu einem amerikanischen Engagement veranlasst, das versuchen soll, die verhärteten Fronten aufzuweichen und Fortschritte bei der Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern herbeizuführen. Der amerikanische Präsident ernannte einen Sondergesandten für die Region, Senator George Mitchell, der seine Fähigkeiten als Vermittler bereits bei der Leitung der Verhandlungen, die zum Abkommen in Nordirland („Good Friday Agreement“) führten, unter Beweis gestellt hatte.

Als Präsident Obama und sein Gesandter Mitchell realisierten, dass der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas (Abu Mazen) nicht bereit ist, die Verhandlungen mit Israel wieder aufzunehmen, wurde die Idee geäußert, Annäherungsgespräche zu führen, was gleichbedeutend ist mit indirekten Gesprächen zwischen den Parteien.

Die Entscheidung der amerikanischen Regierung zugunsten indirekter Gespräche hat die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern wieder in die Ära vor den Oslo-Abkommen zurückgeworfen. Es fällt nicht leicht, die Logik zu verstehen, die sich hinter dieser Entscheidung verbirgt. Denn dass es nach langjährigen direkten Kontakten, bei denen zahlreiche Verständigungen in wesentlichen Fragen erzielt werden konnten, ausgerechnet bei indirekten Gesprächen zum politischen Durch-

bruch kommen soll, scheint höchst zweifelhaft. Es war ein Fehler der amerikanischen Regierung, nicht auf die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zu beharren und in dieser Sache nicht genügend Druck auf die Parteien und besonders auf die palästinensische Seite ausgeübt zu haben.

Annäherungsgespräche werden normalerweise zwischen Parteien geführt, die sich gegenseitig nicht anerkennen und sich deshalb nicht zu direkten Gesprächen treffen können. Doch das ist 17 Jahre nach der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen bei den Israelis und Palästinensern nicht der Fall.

Mahmud Abbas hat die Hürde für Verhandlungen mit Netanyahu von Anfang an zu hoch angesetzt, indem er von Israel forderte, die Verhandlungen an dem Punkt fortzusetzen, wo sie in der Amtszeit von Ministerpräsident Ehud Olmert unterbrochen worden waren. Abbas hätte verstehen müssen, dass sich aus den Gesprächen, die Olmert und Tzipi Livni ohne jegliches Protokoll mit ihm geführt hatten, keinerlei Verpflichtung für die Regierung Netanyahu ergab. Regierungen sind an unterzeichnete Abkommen gebunden, nicht an Ideen und Vorschläge, die im Laufe von Gesprächen und Sondierungen geäußert werden. Abbas hätte realisieren und akzeptieren müssen, dass Gespräche mit der Regierung Netanyahu über eine endgültige Friedensregelung bei Punkt null hätten beginnen müssen, wobei beide Seiten zu berücksichtigen hätten, was sich seit Beginn der Verhandlungen vor zehn Jahren ereignet hat. Netanyahu hätte seinerseits auf direkte Gespräche mit Abu Mazen beharren sollen. Doch er zog es vor, den Vorschlag der indirekten Gespräche anzunehmen, denn er wusste, die Chancen, dass solche Gespräche zu einem Abkommen führen, sind so gut wie nicht vorhanden. Damit, so dachte sich der israelische Ministerpräsident, habe er seine Pflicht erfüllt. Er hatte die amerikanische Vermittlung akzeptiert – und war obendrein vom Zwang befreit, schwierige Entscheidungen zu treffen.

Verschärft wurde das Problem noch durch den in Washington gefällten Entscheid, Druck auf Netanyahu auszuüben, damit er im Voraus eine Reihe von Schritten bekannt gibt, die den Verhandlungswillen der israelischen Seite unterstreichen sollen. Das war insofern ein Fehler, als die amerikanische Regierung Netanyahu dazu aufforderte, sich zu Schritten zu verpflichten, die er nicht umsetzen kann und die ein Thema betreffen, worüber sich die beiden Staaten bis zu jenem Zeitpunkt stillschweigend einig waren. Ein solcher Fehler war Netanyahu aufzufordern, einen absoluten Baustopp in Ostjerusalem zu verkünden. Die Bautätigkeit in jüdischen Wohnvierteln jenseits der Grenze von 1967 dauert seit 42 Jahren ununterbrochen an. Die Spezialisten im Weißen Haus hätten bemerken müssen, dass die Forderung, einen kompletten Baustopp zu erklären aus Netanjahus Perspektive keinen Sinn macht und dass kein israelischer Ministerpräsident eine solche Forderung je akzeptieren könne. Zudem existieren die Baupläne in diesen Vierteln zum Teil bereits und sind von den verschiedenen kommunalen Gremien bereits genehmigt worden. Das Beharren der Amerikaner auf einem unmissverständlichen öffentlichen Bekenntnis Netanyahus zu einem totalen Baustopp in Jerusalem führte zwangsläufig in die Sackgasse.

Die Annäherungsgespräche waren darauf angelegt, Mahmud Abbas aus der misslichen Lage zu befreien, in die er sich mit seinen unmöglichen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel hineinmanövriert hatte. Auf diese Weise kann er verhandeln, ohne dass der Eindruck von Verhandlungen entsteht. Der Beschluss der arabischen Außenminister in dieser Sache diente dazu, Abbas in seiner Position zu bestärken und der Kritik an seiner Entscheidung entgegenzutreten. Solche Kritik war bereits geäußert worden, sowohl von Seiten der Hamas als auch in Kreisen innerhalb seiner Fatah-Bewegung. Nachdem die amerikanische Seite die Idee der Annäherungsgespräche geäußert hat-

te, beschloss der Beobachterausschuss der Außenminister der Arabischen Liga am 3. März 2010 in Kairo, die Aufnahme solcher Gespräche zu unterstützen, obwohl er den Absichten der Regierung Netanyahu misstrauisch gegenüberstand. Der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Musa sagte dazu in einführenden Worten vor der Bekanntgabe des Beschlusses der arabischen Außenminister: „Trotz Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Absichten der israelischen Seite hat der Ausschuss beschlossen, den indirekten Gesprächen eine – letzte – Chance zu geben, auch um den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, ihre Aufgabe wahrzunehmen.“ Die Unterstützung für diesen amerikanischen Vorstoß befristeten die arabischen Außenminister auf vier Monate.

Es hat den Anschein, dass die Palästinenser die Idee der Annäherungsgespräche auch deshalb akzeptierten (und einen entsprechenden Beschluss der Arabischen Liga veranlassten), weil sie einige Zusagen von der amerikanischen Regierung erhielten. Um die Zustimmung zu den Gesprächen besser zu legitimieren, fühlten sich die Palästinenser zu der Erklärung veranlasst, dass die USA in der Antwort auf Rückfragen der Palästinensischen Autonomiebehörde folgende Garantien gegeben habe: Sollte eine Seite die amerikanischen Erwartungen nicht erfüllen, werde die amerikanische Regierung ihre Besorgnis über diesen Sachverhalt zum Ausdruck bringen und entsprechend handeln, um das Hindernis zu beseitigen. Das bedeutet, dass die USA den beiden Seiten nicht nur als Überbringer von Botchaften zur Verfügung steht, sondern auch eigene Ideen und Vermittlungsvorschläge einbringen sollen. Die amerikanische Regierung ließ in ihrer Antwort an die Palästinenser zudem verlauten, dass ihr Hauptziel die Errichtung eines souveränen, unabhängigen und lebensfähigen Palästinenserstaates sei. Ein solcher Palästinenserstaat werde über ein zusammenhängendes Territorium verfügen und der israelischen Besatzung seit 1967 ein Ende setzen.

Nachdem Netanyahu sein Einverständnis zu den indirekten Gesprächen bekannt gegeben hatte, machte er einige verhängnisvolle Schritte, die die Spannung zwischen ihm und Präsident Obama noch zusätzlich verschärften und dazu führten, dass der amerikanische Präsident und seine nähere Umgebung das Vertrauen in Netanyahu einbüßten und die Chancen auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Palästinensern geschmälert wurden.

Einer der Fehler, den Netanyahu beging, sei es als bewusste Entscheidung oder in der Form eines unautorisierten Vorstoßes irgendeines kleinen Beamten, kam in dem Beschluss über den Bau von 1.600 Wohneinheiten im arabischen Wohnviertel Scheich Dscharach in Ostjerusalem zum Ausdruck, der im Verlaufe des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden in Jerusalem bekannt wurde. Biden empfand dies als absichtlichen Affront der Israelis, der ausgerechnet während seiner Goodwill-Mission in Israel erfolgte, die dazu bestimmt war, die jüngsten Spannungen zwischen beiden Staaten abzubauen. Netanyahus Erklärungsversuche, der von der Ankündigung des erwähnten Bauvorhabens nicht gewusst hatte, nützten nichts. Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton rügte Netanyahu in einem Telefongespräch, das sie öffentlich erwähnte, um dessen Effekt zu verstärken.

Bei seinem darauffolgenden Besuch in den Vereinigten Staaten offenbarte Netanyahu erneut einen unerklärlichen Mangel an Sensibilität, als er in seiner Rede vor der AIPAC-Konferenz in den USA nicht nur keinen Baustopp versprach, sondern vielmehr erneut betonte, dass sich seine Regierung verpflichtet fühle, im östlichen Teil Jerusalems weiter zu bauen, das keine „Siedlung“, sondern „unsere Hauptstadt“ sei. In den Augen der Amerikaner war das eine eklatante Provokation des israelischen Ministerpräsidenten. Bei seinen Gesprächen im Kapitol bekräftigte Netanyahu dann seine Weigerung, die Bautätigkeit in

Ost-Jerusalem einzustellen. Im Weißen Haus wurden diese Schritte als Versuch gewertet, den Kongress gegen den Präsidenten zu mobilisieren.

Noch vor seiner Abreise in die USA hatte Außenministerin Hillary Clinton im Namen der amerikanischen Regierung Erläuterungen von Netanyahu über seine Standpunkte zu einer Reihe von Themen gefordert, die bei den Gesprächen mit den Palästinensern zur Sprache kommen sollten. Im Verlaufe der Vorbereitungsgespräche, die Vizepräsident Joe Biden und Außenministerin Clinton mit Netanyahu am Montag, den 22. März führten, wurde dem israelischen Ministerpräsidenten erklärt, dass von ihm für das anstehende Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten erwartet werde, sich zu vertrauensbildenden Schritten zu verpflichten und zu zeigen, dass er dem Friedensprozess verpflichtet ist. Clinton und Biden teilten Netanyahu mit, dass sein Schreiben von vergangener Woche ungenügend und zu allgemein gefasst sei und forderten ihn auf, beim Treffen mit dem Präsidenten näher auf dessen Inhalte einzugehen.

Doch es scheint, dass die Versuche, bei dem Gespräch zwischen Netanyahu und Präsident Obama am 24. März, kurz nach der Rede Netanyahus vor den AIPAC-Delegierten, zu einer Verständigung mit der amerikanischen Regierung zu gelangen, nicht erfolgreich waren, zumindest in der Frage der Bautätigkeit in Jerusalem. Für zusätzliche Spannungen im Verhältnis zwischen den beiden Regierungschefs sorgte eine weitere Nachricht, die im Verlaufe des Treffens zwischen Obama und Netanyahu bekannt wurde: Ein Bauprojekt auf dem Grundstück des Hotels Shepherd in Ost-Jerusalem hatte grünes Licht erhalten. Erneut hatten die Amerikaner den Eindruck, die Israelis wollten ihnen klar machen, dass sie sich von ihnen nicht vorschreiben lassen, wo und wann sie in Jerusalem bauen sollen.

Alle diese Zwischenfälle hatten zur Folge, dass das Treffen zwischen Ministerpräsident Netanyahu und US-Präsident Barack Obama im Weißen Haus als Misserfolg gewertet wurde. Auch im kurzen Folgegespräch gelang es den beiden Politikern nicht, die tiefe Kluft in der Frage des zukünftigen Verlaufs des Friedensprozesses und der Bautätigkeit in Ost-Jerusalem zu überbrücken. Die Gespräche zwischen Obama und Netanyahu drehten sich hauptsächlich um die israelische Bautätigkeit in Ost-Jerusalem. Obama verlangte von Netanyahu Erläuterungen in dieser Frage sowie eine genauere Umschreibung seiner Verpflichtung hinsichtlich der Überwachung der Bautätigkeit im Ostteil der Stadt. Des Weiteren wurde Netanyahu um Erläuterungen im Hinblick auf Gesten gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie bezüglich der Bereitschaft bei den indirekten Verhandlungen auch ernsthaft Kernfragen anzusprechen gebeten. Obama verlangte von Netanyahu Erläuterungen zu Fragen, die von den Palästinensern angesprochen wurden, um den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas dazu zu bewegen, die indirekten Verhandlungen mit Israel wieder aufzunehmen. Unter anderem ging es um den Zeitplan der Verhandlungen, die Fortsetzung des Baustopps in den jüdischen Siedlungen und in Ostjerusalem sowie um die Stellungnahme Israels zur palästinensischen Forderung des Rückzugs auf die Grenzen von 1967.

Obama verlangte sodann von Netanyahu, die Erläuterungen schriftlich festzuhalten. Bei Gesprächen zwischen den Beratern Netanyahus, einerseits, und dem Gesandten Mitchell und den Beratern des amerikanischen Präsidenten, andererseits, wurde die Möglichkeit geprüft, in den verschiedenen Fragen zwischen Israel und den USA Übereinkünfte zu erzielen und ein Nonpaper zu verfassen, das Abbas vorgelegt werden könnte. Es scheint, dass man sich nicht einigen konnte.

Dass keine Einigung mit dem Weißen Haus erzielt werden konnte, scheint daran zu liegen, dass Netanyahu nicht bereit war, Verpflichtungen in den von Präsident Obama angesprochenen Kernfragen einzugehen. Das führte unweigerlich zu einer weiteren Vertiefung der Kluft zwischen Israel und den USA, und derzeit scheint kein Weg aus der Sackgasse bzw. zur Aufnahme von Annäherungsgesprächen mit den Palästinensern zu führen.

Abbas nutzte seinerseits die Gelegenheit, sich die amerikanischen Forderungen gegenüber Netanyahu zu eigen zu machen und beschloss, sein Einverständnis zur Wiederaufnahme der Gespräche an ebendiese Bedingungen zu knüpfen. Abbas, der offensichtlich nicht glaubt, dass Annäherungsgespräche zum Durchbruch führen, tut alles, um nicht daran teilnehmen zu müssen.

Während er bislang alles abzulehnen scheint, was nicht als vollumfängliche und endgültige Friedensregelung gewertet werden kann, möchte Netanyahu zu Teilabkommen gelangen, die schließlich zu einer endgültigen Regelung führen. Die Palästinenser ließen gegenüber den Amerikanern verlauten, sie seien nicht an einem Staat mit vorläufigen Grenzen interessiert, obwohl diese Option Bestandteil der „Roadmap“ ist.

Derzeit zeichnet sich eine Verschärfung der Krise ab, besonders aufgrund der Tatsache, dass die Führung auf beiden Seiten (Netanyahu und Abbas) nicht bereit ist, Zugeständnisse für etwaige Verhandlungen anzukündigen, die ein Abkommen ermöglichen würden. Abbas versucht den Beginn von Verhandlungen möglichst hinauszuzögern, offensichtlich um bei den anstehenden Wahlen in der Palästinensischen Autonomiebehörde als politischer Führer dazustehen, der auf den Rechten der Palästinenser beharrt.

Netanyahu hingegen muss sich in nächster Zukunft zwischen der Weiterführung seiner

Rechtskoalition und der Verbesserung des Verhältnisses mit der amerikanischen Regierung unter Präsident Obama entscheiden. Es weiß, dass seine Koalition zerbrechen könnte, sollte er die Forderungen des amerikanischen Präsidenten vor allem in der Frage der Bautätigkeit in Jerusalem akzeptieren. In einem solchen Fall könnte er der Kadima-Partei eine Regierungszusammenarbeit vorschlagen, aber dazu müsste er das Regierungsprogramm ändern und der Kadima-Chefin Tzipi Livni eine Schlüsselrolle in seiner Regierung und Mitverantwortung bei der Leitung der Verhandlungen mit den Palästinensern anbieten.

Für Netanyahu scheint die Stunde der Wahrheit gekommen. Er wird Entscheidungen treffen müssen, die als „historisch“ bezeichnet werden können. Die Möglichkeit, die wesentlichen Entscheidungen im Hinblick auf eine endgültige Friedensregelung mit den Palästinensern immer weiter hinauszuschieben, scheint erschöpft. Netanyahu hat zwar in einer Rede am 2. Juni 2009 schon seine Bereitschaft zu einer Zwei-Staaten-Lösung erklärt, jedoch seither nichts unternommen, um diese Vorstellung in die Tat umzusetzen, und es scheint, dass er sich dabei gedacht hat, die Erklärung allein würde genügen, um den Druck der amerikanischen Regierung abzuwehren. Demnächst läuft auch der vorübergehende Baustopp in den besetzten Gebieten ab, den Netanyahu im November 2009 erklärt hatte. Der Ministerpräsident wird entscheiden müssen, ob er den Baustopp verlängert oder auslaufen lässt. Jeder Entscheid wird schwerwiegende Folgen haben. Wird der Baustopp verlängert, dürfte seine Koalition auseinanderbrechen, die Aufhebung des Baustopps würde dagegen die Krise in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vertiefen. Kurzum, Netanyahu wird demnächst seine Vorstellungen über die Lösung des Palästinenserproblems offen darlegen müssen.

Hinter all diesen Entwicklungen lauert noch ein weiteres Problem. Jede Verstän-

digung, die die Verhandlungspartner – Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde – erzielen werden, wird höchstwahrscheinlich auf den Widerstand der Hamas stoßen, die den Gazastreifen kontrolliert. Das heißt, selbst wenn es Präsident Obama gelingen sollte, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen und diese Verhandlungen zum Erfolg führen, wäre das Palästinenserproblem damit noch nicht gelöst. Es macht den Anschein, als ob es die amerikanische Regierung derzeit vorziehen würde, die inneren Probleme der Palästinenser, d.h. den Konflikt zwischen der Autonomiebehörde und der Hamas zu ignorieren, und zu hoffen, dass sich die Hamas-Führung im Falle der Unterzeichnung eines Abkommens mit Israel dazu überreden lassen wird, es zu adoptieren oder zumindest nicht dagegen zu opponieren. Ob dies tatsächlich so geschehen wird, muss sehr bezweifelt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die kommenden Monate für das zukünftige Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern sowie zwischen Israel und den Vereinigten Staaten entscheidend sein werden. Die israelische Führung muss nun beweisen, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst ist, und schwere Entscheidungen treffen, die sich auf die Zukunft Israels und der gesamten Region auswirken werden. Dass die derzeitige Führung in Jerusalem dazu fähig ist, darf man bezweifeln.

Dr. Reuven Pedatzur ist Akademischer Direktor im Zentrum für Strategischen Dialog, Akademisches College Netanya

Fortschritte in den israelisch-palästinensischen Gesprächen sind unwahrscheinlich

Prof. Efraim Inbar

Die Administration Obama hat dem Versuch, den andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen, in ihrer außenpolitischen Agenda von Anfang an (Januar 2009) hohe Priorität eingeräumt. Dennoch ist es der amerikanischen Diplomatie bisher nicht gelungen, die Gespräche zwischen den Palästinensern und den Israelis wieder in Gang zu setzen, und selbst wenn es den USA doch noch gelingen sollte, die beiden Seiten zu bilateralen Gesprächen zu bewegen, sind die Chancen für ein Abkommen und dessen Umsetzung derzeit gleich null.

Das Hauptproblem ist die Spaltung zwischen dem PLO-dominierten Westjordanland und dem von der Hamas kontrollierten Gazastreifen. Die Chancen, dass diese beiden Gebiete zu einem einzigen politischen Gemeinwesen verschmelzen, sind sehr gering. Im Westjordanland sorgen die Israelis derweil mit ihrer ständigen Antiterroraktivität dafür, dass die Hamas dort nicht an die Macht kommt. Der Wettstreit zwischen den Führungen des Westjordanlandes und des Gazastreifens führt zu verhärteten Positionen in den anstehenden Fragen. So weigert sich Mahmud Abbas, direkte Verhandlungen aufzunehmen, scheint sich jedoch vorsichtig an Annäherungsgespräche mit Israel heranzutasten. Die Hamas ist hingegen immer noch der Zerstörung des jüdischen Staates verpflichtet.

Abbas betonte im Gespräch mit der Washington Post im Mai 2009, dass er nicht in Eile sei mit Israel zu verhandeln, und dass er von den Amerikanern erwarte, Israel zu zwingen, die palästinensischen Bedingungen zu akzeptieren. Sein Ministerpräsident, Salam Fayad, gab den Plan bekannt, binnen zweier Jahre einseitig einen Palästinenserstaat auszurufen, statt dass ein solcher Staat aus Verhandlungen mit Israel

hervorgeht. Beide „gemäßigten“ Politiker bezeichnen Selbstmordattentäter als Märtyrer und zahlen den Hinterbliebenen staatliche Renten. Sie gestatten den Medien, dem Erziehungswesen und den Moscheen, die alle unter Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde stehen, nach wie vor fanatischen Antisemitismus zu verbreiten. Beide lehnen die Anerkennung Israels als jüdischen Staat ab. Die Palästinenser scheinen zwar einen großen territorialen Appetit zu haben, nach dem für die Erzielung eines Kompromisses unerlässlichen politischen Pragmatismus sucht man jedoch vergeblich. Solange die islamistische Hamas den palästinensischen Ethos und die Aspirationen der Palästinenser wesentlich mitprägt und ihre rücksichtslose Herrschaft im Gazastreifen andauert, ist die palästinensische Politik den Extremisten schutzlos ausgeliefert und nicht in der Lage, sich auf einen historischen Kompromiss mit der zionistischen Nationalbewegung zuzubewegen.

Auch der Glaube, dass amerikanischer Druck die Haltungen der Protagonisten des Konflikts ändern könnte, entbehrt jeder Grundlage. Außenstehende können wenig bewirken, und Frieden kann es erst dann geben, wenn die Konfliktparteien selber dazu bereit sind. Die wichtigsten Durchbrüche in den arabisch-israelischen Beziehungen – der Besuch des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat in Jerusalem (1977) und das Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO (1993) – sind aus bilateralen Kontakten ohne amerikanische Beteiligung hervorgegangen. Außenstehende können die Art, wie die Menschen im Mittleren Osten miteinander umgehen, nur beschränkt beeinflussen, wie die jüngsten Erfahrungen der Amerikaner im Irak und in Afghanistan zeigen.

Zudem war auch das Verhalten Obamas nicht hilfreich. Er hat auf einem umfassenden Einfrieren der [israelischen] Siedlungsaktivitäten bestanden, das von den Palästinensern prompt zu einer Vorbedingung für Verhandlungen gemacht wurde.

Die Obama-Administration hat Israel zudem unlängst aufgefordert, die Bautätigkeit in Jerusalem einzustellen. Diese Forderungen haben sich bislang als kontraproduktiv erwiesen und deuten damit auf die beschränkten Möglichkeiten Washingtons hin, Jerusalem seinen Willen aufzuzwingen. Auch amerikanische Zusicherungen im Hinblick auf arabische Gegenleistungen für israelische Konzessionen konnten von Washington nicht umgesetzt werden. Das zeigt einmal mehr, wie beschränkt der amerikanische Einfluss in der Region tatsächlich ist.

Die Blütezeit des amerikanischen Einflusses im Mittleren Osten ist leider vorbei. Solange die amerikanische Diplomatie nicht mit „harten“ Mitteln untermauert wird, kann die Politik des „sanften“ Druckes, die Washington derzeit hochhält, bei den realpolitisch orientierten Eliten des Mittleren Ostens nur wenig ausrichten. Die meisten Regierungen der Region empfinden Obama als schwach. Es verheißt nichts Gutes für die amerikanische Diplomatie, wenn sich sogar die schwachen Palästinenser erlauben können, NEIN zu sagen. Zudem haben die Amerikaner auch kaum Einfluss auf die Spaltung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, die das Haupthindernis für den Fortschritt im Friedensprozess darstellt. Die Vereinigten Staaten sind schlecht beraten, wenn sie Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit sie Zugeständnisse in der Jerusalemfrage macht. Kein anderes Thema würde es ihr leichter machen, sich den Forderungen Washingtons zu widersetzen.

Als weiterer nicht gerade hilfreicher Faktor erweist sich das europäische Engagement. Die EU nährt im Grunde unrealistische palästinensische Ziele, wie etwa die Teilung Jerusalems, statt die Palästinenser zu mehr Pragmatismus und Flexibilität zu bewegen. Zudem erspart die großzügige Finanzhilfe der EU den Palästinensern die Notwendigkeit, sich stärker für politische Stabilität einzusetzen, die die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft begünsti-

gen würde. Stattdessen kommt die EU für den aufgeblähten und korrupten palästinensischen Verwaltungsapparat auf. Besonders beunruhigend ist die Hilfe für den von der Hamas kontrollierten Gazastreifen, da sie der dschihadistischen Hamas dabei beim Machterhalt hilft und dem Hamas-Gebilde ermöglicht, seinen Krieg gegen das demokratische Israel fortzusetzen. Der Besuch der EU-Außenvertreterin Katherine Ashton in Gaza im März, genau an dem Tag, als vom Gazastreifen aus tödliche Raketenangriffe auf israelische Ortschaften erfolgten, ist das jüngste Beispiel der verfehlten europäischen Politik.

Europäisches Geld für Gaza untergräbt zudem den Versuch, das Westjordanland bevorzugt zu behandeln, das von angeblich gemäßigten Elementen regiert wird.

Benjamin Netanyahu für den derzeitigen Stillstand der Verhandlungen verantwortlich zu machen, impliziert die Annahme, dass die maßlosen Forderungen der Palästinenser auf Kosten vitaler israelischer Sicherheitsinteressen wie etwa die Demilitarisierung des Westjordanlandes und die Aufrechterhaltung der israelischen Souveränität im Jordantal und im Großraum Jerusalem unbedingt erfüllt werden müssen. Netanyahu außerdem die Schuld für den mangelnden Fortschritt bei den israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu geben, heißt der falschen Annahme zu erliegen, dass die Palästinenser gegenüber Israel Flexibilität demonstriert hätten. Denn es sind die Palästinenser, die nicht reif dafür sind Frieden zu machen. Selbst Netanyahus Beschluss, die Bautätigkeit in den Siedlungen für zehn Monate einzufrieren, eine präzedenzlose israelische Konzession, wiesen die Palästinenser zurück.

Netanyahu glaubt, dass Fortschritt in Richtung Frieden nur durch einen all-mählichen Prozess erreicht werden kann, der den Aufbau von Institutionen und von unten beginnender wirtschaftlicher Entwicklung mit einschließt. Seine Regierung hat bislang ihr Bestes getan, um das Wirtschaftswachstum im Westjordanland zu begünsti-

gen, indem sie Dutzende von Straßensperren entfernen ließ und dabei das Leben jüdischer Bürger aufs Spiel setzte, sowie wirtschaftliche Aktivitäten von internationaler und palästinensischer Seite unterstützte. Zudem erklärte der israelische Ministerpräsident bei jeder Gelegenheit seine Bereitschaft zu Gesprächen mit der palästinensischen Autonomiebehörde ohne Vorbedingungen und hat sogar Annäherungsgesprächen zugestimmt, obwohl Israel traditionell auf direkten Gesprächen besteht.

Es trifft zu, dass Netanyahus bedingte Zustimmung zu einer Zwei-Staaten-Lösung mit der Forderung der Demilitarisierung und sicherer Grenzen verknüpft war. Doch Netanyahus vorsichtige Annäherung an israelische Regierung die Unterstützung der Bevölkerung genießt. Diese öffentliche Stimmung macht Israel weniger angreifbar für äußeren Druck.

Jene, die sich für größere territoriale Zugeständnisse an die Palästinenser gegen Frieden ausgesprochen haben, wurden bisher stets widerlegt. Zwei israelische Ministerpräsidenten waren bereit, auf fast alle umstrittenen Gebiete zu verzichten. Doch die jeweiligen Angebote von Ehud Barak und Ehud Olmert wurden von Arafat im Jahre 2000 zurückgewiesen bzw. von seinem Nachfolger, Abbas, im Jahre 2008 schlicht ignoriert. Zudem brachen die Palästinenser im Jahr 2000 einen Terrorkrieg vom Zaun und drohten unlängst damit, ihn zu erneuern. In ähnlicher Weise verwandelte sich der Gazastreifen nach dem 2005 erfolgten einseitigen israelischen Rückzug und dem Abbau sämtlicher jüdischer Siedlungen in jenem Gebiet durch die Regierung Sharon zur einer Abschussrampe für massive Raketenangriffe.

Leider hat ein Großteil der internationalen Gemeinschaft noch immer nicht verstan-

die Palästinenser genießt breite Zustimmung in der israelischen Bevölkerung. Seine Rede an der Bar-Ilan-Universität wurde von mehr als 70% der Israelis unterstützt. Die Israelis haben mehrheitlich eine realistische Sicht der Beschaffenheit des israelisch-arabischen Konflikts. Aus einer kürzlich erfolgten Meinungsumfrage geht hervor, dass 82% der Israelis die Behauptung, dass ein israelischer Rückzug auf die Grenze von 1967 den nächsten Generationen Frieden bringen würde, da die Araber dann Israel gegenüber keine Forderungen mehr haben würden, als naiv und stark vereinfachend bezeichnen. Diese Haltung verpflichtet zu einer vorsichtigen Politik und zeigt auch, dass die derzeitige

den, dass der ethnische Konflikt im Heiligen Land erst dann zu Ende gehen wird, wenn die beteiligten Parteien kriegsmüde werden. Noch haben die Israelis und die Palästinenser Energie für das zu kämpfen, das ihnen wichtig erscheint. Frieden ist deshalb nicht in Sicht

Efraim Inbar ist Professor der politischen Wissenschaften an der Bar-Ilan-Universität und Direktor des Begin-Sadat Center for Strategic Studies (BESA) .

Verantwortlich:

*Dr. Ralf Hexel,
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Dr. Reuven Pedatzur
Prof. Efraim Inbar*

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il